Standeskommissionsbeschluss über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung

vom 2. April 1996 (Stand 1. Januar 2020)

Die Standeskommission des Kantons Appenzell I. Rh.,

gestützt auf das Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (KVG) und die Verordnung zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 30. Oktober 1995 (VKVG) sowie den Landsgemeindebeschluss über die Prämienverbilligung zur Krankenpflegegrundversicherung vom 26. April 1998, *****

beschliesst:

I. Zweck und Organisation

Art. 1 Zweck

[1] Durch die Verbilligung der Prämien soll den beitragsberechtigten Personen ein angemessener Versicherungsschutz zu finanziell tragbaren Bedingungen gewährleistet werden.

Art. 2 * Organe

[1] Der Vollzug der Prämienverbilligung obliegt dem Gesundheits- und Sozialdepartement.

* vgl. Änderungstabelle am Schluss des Erlasses

II. Prämienverbilligung

Art. 3 * Anspruch

[1] Anspruch auf Prämienverbilligung haben Personen mit steuerrechtlichem Wohnsitz und Aufenthalt im Kanton Appenzell I. Rh., die bei einem vom Bund anerkannten Krankenversicherer eine obligatorische Krankenpflege-Grundversicherung abgeschlossen haben, wenn sie die Voraussetzungen gemäss diesem Beschluss erfüllen.

[2] Ehegatten haben einen Gesamtanspruch auf Prämienverbilligung. Gleiches gilt für Alleinstehende und Konkubinatspaare, die mit mindestens einem Kind zusammenleben, für dessen Unterhalt sie aufkommen. *

[3] Junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren haben zusammen mit den Eltern oder einem Elternteil einen Gesamtanspruch auf Prämienverbilligung, wenn *

a) sie bei den Eltern oder einem Elternteil wohnen,
b) sie ledig sind,
c) sie keine Kinder haben, für deren Unterhalt sie aufkommen und
d) ihr massgebendes Gesamteinkommen im Vorjahr zum Anspruchsjahr den Grenzwert von Fr. 12'000.-- nicht übersteigt.

[4] Bezüglich der familiären und wirtschaftlichen Verhältnisse und des Wohnsitzes gilt als Stichtag der 1. Januar des Jahres, für welches die Prämienverbilligung beansprucht wird.

[5] Der Gesamtanspruch auf Prämienverbilligung wird im Verhältnis der Richtprämien auf die berechtigten Personen aufgeteilt.

Art. 3a * Eingetragene Partnerschaft

[1] Die Stellung eingetragener Partner[1)] im Sinne des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 18. Juni 2004 (Partnerschaftsgesetz; PartG) entspricht in diesem Beschluss derjenigen von Ehegatten.

[1)] Die Verwendung der männlichen Bezeichnungen gilt sinngemäss für beide Geschlechter.

Art. 4 Anrechenbare Prämien

[1] Anrechenbar für die Ermittlung des Anspruchs auf Prämienverbilligungsbeiträge sind die für das entsprechende Kalenderjahr festgelegten Richtprämien.

[2] Die Standeskommission legt die Richtprämien jährlich fest. Dabei orientiert sie sich an den Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung. *****

Art. 5 * Berechnung im Allgemeinen

[1] Die anrechenbaren Prämien werden verbilligt, soweit sie den von der Standeskommission im Anhang jährlich festzulegenden Prozentsatz der Summe übersteigen, die sich aus dem massgebenden Gesamteinkommen ergibt.

[1bis] Die Prämienverbilligung wird höchstens in der Höhe der effektiven Prämienlast gewährt. *****

[2] Für die Ermittlung des massgebenden Gesamteinkommens wird die rechtskräftige definitive Steuerveranlagung im Kanton Appenzell I.Rh. des Vorvorjahres zum Anspruchsjahr beigezogen. Liegt diese am 31. März des Anspruchsjahres nicht vor, wird auf die letzte rechtskräftige definitive Steuerveranlagung abgestellt. Liegt auch eine solche nicht vor, wird mit der Berechnung gewartet, bis sie vorliegt. *****

[3] Das massgebende Gesamteinkommen setzt sich wie folgt zusammen:

a) das steuerpflichtige Gesamteinkommen;
b) 10% des steuerpflichtigen Gesamtvermögens;
c) Unterhalts- und Verwaltungskosten für Grundstücke des Privatvermögens, soweit sie den Pauschalabzug von 20% der entsprechenden Erträge übersteigen;
d) Beiträge an anerkannte Formen der gebundenen Selbstvorsorge (Säule 3a);
e) Einkaufsbeiträge an Einrichtungen der beruflichen Vorsorge;
f) sämtliche Einkommen, die über das Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit vom 17. Juni 2005 (BGSH) abgerechnet werden.

[4] Für die Berechnung eines Gesamtanspruchs werden die massgebenden Gesamteinkommen zusammengezählt. *****

[5] Die individuelle Prämienverbilligung wird für Kinder auf 80% und für junge Erwachsene in Ausbildung auf 50% der Richtprämien angehoben, sofern das massgebende Gesamteinkommen Fr. 67'000.-- nicht übersteigt. *

a) * …
b) * …
c) * …
d) * …

[6] Die Prämienverbilligung wird ab einem Anspruch oder Gesamtanspruch von Fr. 100.-- pro Jahr ausgerichtet. *

Art. 5a * Berechnung für junge Erwachsene

[1] Bei jungen Erwachsenen wird die rechtskräftige definitive Steuerveranlagung des Vorjahres zum Anspruchsjahr abgewartet.

[2] Liegt das massgebende Gesamteinkommen sowohl des Vorjahres als auch des Vorvorjahres zum Anspruchsjahr über Fr. 12'000.--, wird die Prämienverbilligung auf der rechtskräftigen definitiven Steuerveranlagung des Vorvorjahres berechnet.

[3] Liegt das massgebende Gesamteinkommen des Vorjahres, nicht aber jenes des Vorvorjahres über Fr. 12'000.--, wird die Prämienverbilligung auf der Grundlage der rechtskräftigen definitiven Steuerveranlagung des Vorjahres berechnet.

[4] Für die Berechnung des Gesamtanspruchs nach Art. 3 Abs. 3 wird die rechtskräftige definitive Steuerveranlagung des jungen Erwachsenen des Vorjahres zum Anspruchsjahr berücksichtigt. Dementsprechend wird ein allfälliger Gesamtanspruch für alle im Haushalt lebenden Personen erst nach Vorliegen der rechtskräftigen definitiven Steuerveranlagung des jungen Erwachsenen für das Vorjahr geprüft.

[5] Eine erhöhte Prämienverbilligung nach Art. 5 Abs. 5 kann nur geleistet werden, wenn der junge Erwachsene bis zum 31. März des Anspruchsjahres nachgewiesen hat, dass er im Vorjahr zumindest mehrheitlich in Ausbildung war. Die zuständige Amtsstelle informiert die jungen Erwachsenen vorgängig über diese Obliegenheit. *

Art. 6 * Sonderfälle

[1] Für die Berechnung des Anspruchs von Personen, die an der Quelle besteuert werden, ist das der Quellensteuer zugrundeliegende auf ein Jahr umgerechnete Einkommen massgebend. Bei quellenbesteuerten Personen mit einem ergänzend ordentlichen oder nachträglich ordentlichen Steuerverfahren gelten zusätzlich die Einkommens- und Vermögensverhältnisse gemäss entsprechender Steuerveranlagung.

[2] Bezüger von Ergänzungsleistungen zu einer AHV- oder IV-Rente erhalten die volle Durchschnittsprämie erstattet, Bezüger von Sozialhilfe die volle Richtprämie. Die Ausgleichskasse meldet der zuständigen Amtsstelle monatlich die Bezüger von Ergänzungsleistungen, das Sozialamt jährlich die Bezüger von Sozialhilfeleistungen.

[3] Neuzuzüger aus dem Ausland, die nicht während des ganzen Kalenderjahres, für das die Prämienverbilligung bestimmt ist, der Versicherungspflicht für die Krankenpflegeversicherung unterliegen, haben Anrecht auf den Pro-Rata-Anteil des Prämienverbilligungsbeitrages.

[4] Keinen Anspruch auf Prämienverbilligung haben:

a) Angehörige eines nicht in Art. 65a KVG aufgeführten Staates, deren Aufenthaltsbewilligung weniger als 12 Monate gültig ist;
b) Personen, die ihren Mitwirkungspflichten der Steuergesetzgebung nicht nachgekommen sind und aus diesem Grund die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht bekannt sind;
c) Personen, bei welchen Familienmitglieder oder Dritte vollständig für den Lebensunterhalt aufkommen. Ausgenommen bleiben Personen gemäss Art. 6 Abs. 2;
d) Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen ohne Flüchtlingsstatus, solange sie Sozialhilfe beziehen oder in einer kantonalen Unterkunft wohnen.

[5] Bei Personen mit einer Änderung des Zivilstandes im Vorjahr und bei Erwachsenen, deren massgebendes Gesamteinkommen im Vorvorjahr des Anspruchsjahres unter Fr. 12'000.-- lag, wird für die Ermittlung des massgebenden Gesamteinkommens auf die rechtskräftige definitive Steuerveranlagung für das Vorjahr gewartet und der Anspruch auf dieser Grundlage berechnet.

Art. 6a * Personen nach Art. 65a KVG *

[1] Für anspruchsberechtigte Personen mit Wohnsitz in einem Staat gemäss Art. 65a KVG wird das in der Schweiz erzielte quellenbesteuerte Einkommen für die Berechnung beigezogen. *

[2] Es erfolgt eine Umrechnung auf die Kaufkraft des Wohnsitzstaates.

[3] Die Standeskommission bestimmt die prozentuale Eigenleistung (Belastungsgrenze).

[4] Anspruchsberechtigte im Sinne dieses Artikels haben einen Antrag auf Prämienverbilligung mittels dem dafür vorgesehenen Formular zu stellen. *

III. Verfahren

Art. 7 Information

[1] Die zuständige Amtsstelle sorgt zusammen mit den Versicherern für eine angemessene Information der Bevölkerung über die Möglichkeit der Prämienverbilligung.

Art. 8 Auskunfts- und Bescheinigungspflicht sowie Meldeprozess

[1] Personen, die Anspruch auf Prämienverbilligung erheben, ihre gesetzlichen oder bevollmächtigten Vertreter sowie die Versicherer haben den zuständigen Organen die nötigen Auskünfte wahrheitsgetreu zu erteilen, nötigenfalls zu belegen und eingetretene Änderungen umgehend mitzuteilen. Soweit erforderlich, haben sie Behörden und Institutionen zur Auskunftserteilung zu ermächtigen.

[2] Die Verwaltungs- und Rechtspflegeorgane des Kantons und der Gemeinwesen, die Versicherer sowie Stellen oder Personen, die anspruchsberechtigte Personen unterstützen, haben den zuständigen Organen die erforderlichen Auskünfte kostenlos zu erteilen und die nötigen Unterlagen einzureichen.

[3] Die Versicherer haben ihren Versicherten im Kanton Appenzell I.Rh. die für die Prämienverbilligung erforderlichen Ausweise über die Prämien der gesetzlichen Krankenpflege-Grundversicherung kostenlos zuzustellen.

[4] Die Vollzugsstelle kann mit den Versicherern sämtliche für die Aufgabenerfüllung notwendigen Daten austauschen. Insbesondere ist die Durchführung zusätzlicher Meldeprozesse erlaubt. *

Art. 9 * Schweigepflicht

[1] Alle Personen, die mit dem Vollzug dieses Beschlusses betraut sind, haben über ihre Wahrnehmungen Verschwiegenheit zu bewahren. Art. 33 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 (ATSG) ist sinngemäss anwendbar.

Art. 10 * Anspruchsverfügung

[1] Personen, welche aufgrund des massgebenden Gesamteinkommens Anspruch auf Prämienverbilligung haben, stellt die zuständige Amtsstelle eine beschwerdefähige Verfügung zu, in welcher die Höhe des Prämienverbilligungsbeitrages festgestellt wird.

[2] Anspruchsberechtigte, welche freiwillig auf den Prämienverbilligungsbeitrag ganz oder teilweise verzichten wollen, können dies der zuständigen Amtsstelle innert der gesetzten Beschwerdefrist ohne Begründung schriftlich mitteilen.

[3] Versicherte, die keine Verfügung erhalten haben und Anspruch auf Prämienverbilligung erheben, können den Erlass einer solchen bei der zuständigen Amtsstelle verlangen. Entsprechende Anträge sind schriftlich einzureichen und zu begründen.

Art. 11 * Auszahlung und Gutschrift

[1] Die rechtskräftig zugesprochenen Prämienverbilligungsbeiträge werden den Versicherern gemäss Art. 65 KVG ausbezahlt und den Berechtigten von den Versicherern gutgeschrieben.

Art. 11a * Provisorische Verfügung

[1] Personen, welche nachweisen können, dass sie für die Zeit bis zur definitiven Verfügung auf die Prämienverbilligung angewiesen sind, können beim Gesundheitsamt unter Einreichung der erforderlichen Unterlagen ein Gesuch um eine provisorische Verfügung stellen.

[2] Eine allfällige Differenz zur definitiven Verfügung wird rückwirkend verrechnet.

Art. 12 Steuerbefreiung

[1] Leistungen nach diesem Beschluss sind nicht steuerpflichtig.

Art. 12a * …

Art. 13 Rückerstattung

[1] Zu Unrecht ausgerichtete Prämienverbilligungsbeiträge sind zurückzuerstatten.

[2] Die Bestimmungen von Art. 25 ATSG betreffend die Rückerstattung unrechtmässig bezogener Leistungen sind sinngemäss anwendbar. *****

Art. 14 * Ergänzendes Recht

[1] Soweit dieser Beschluss keine Regelung enthält, finden die Bestimmungen des ATSG als ergänzendes Recht sinngemäss Anwendung.

IV. Rechtspflege

Art. 15 * …

Art. 15a * Einsprache

[1] Gegen Verfügungen über Prämienverbilligungen kann innert 30 Tagen nach der Eröffnung beim Gesundheits- und Sozialdepartement schriftlich Einsprache geführt werden.

[2] Die Einsprache ist zu begründen, und allfällige Beweismittel sind beizulegen oder, sofern dies nicht möglich ist, zu nennen.

[3] Gegen Einspracheentscheide kann bei der Standeskommission Rekurs geführt werden.

V. Schlussbestimmung

Art. 15b * …

Art. 16 * Inkrafttreten

[1] Dieser Beschluss tritt nach Annahme durch die Standeskommission in Kraft.

A1. Anhang

Art. A1-1 *

[1] Für die Ermittlung des Prämienverbilligungsanspruchs im Jahre 2020 gilt: *

1. * Die Richtprämien betragen für das Jahr 2020:
   a) * für Kinder (Jahrgang 2002 und jünger) Fr. 815.--;
   b) * für junge Erwachsene (Jahrgang 1995 bis 2001) Fr. 2'673.--;
   c) * für Erwachsene (Jahrgang 1994 und älter) Fr. 3'563.--.
2. Der eigene Prämienanteil der Versicherten (Selbstbehalt) wird wie folgt festgelegt:
   a) * 8% bei einem massgebenden Gesamteinkommen unter Fr. 40'000.--;
   b) * 13% bei einem massgebenden Gesamteinkommen von Fr. 80'000.-- und darüber;
   c) * dazwischen steigt der Selbstbehalt schrittweise um 0.125% pro Fr. 1'000.-- von 8% auf 13%.

Änderungstabelle – Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	cGS Publikation
02.04.1996	02.04.1996	Erlass	Erstfassung	-
18.02.1997	18.02.1997	Art. 6	geändert	-
18.02.1997	18.02.1997	Art. A1-1	geändert	-
26.08.1997	26.08.1997	Art. 15	geändert	-
18.11.1997	18.11.1997	Art. A1-1	geändert	-
15.12.1998	15.12.1998	Art. A1-1	geändert	-
03.12.1999	03.12.1999	Art. A1-1	geändert	-
21.11.2000	21.11.2000	Art. A1-1	geändert	-
04.12.2001	04.12.2001	Art. A1-1	geändert	-
28.05.2002	01.06.2002	Art. 3	geändert	-
28.05.2002	01.06.2002	Art. 6	geändert	-
28.05.2002	01.06.2002	Art. 6a	eingefügt	-
28.05.2002	01.06.2002	Art. 11	geändert	-
03.12.2002	03.12.2002	Art. 6a Abs. 4	eingefügt	-
03.12.2002	03.12.2002	Art. A1-1	geändert	-
16.12.2003	16.12.2003	Art. A1-1	geändert	-
06.12.2004	01.01.2005	Art. 3	geändert	-
06.12.2004	01.01.2005	Art. 5	geändert	-
06.12.2004	06.12.2004	Art. A1-1	geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Ingress	geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. 2	geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. 3	geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. 4 Abs. 2	geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. 5	geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. 6	geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. 6a	Titel geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. 6a Abs. 1	geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. 6a Abs. 4	geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. 9	geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. 13 Abs. 2	geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. 14	geändert	-

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	cGS Publikation
30.08.2005	30.08.2005	Art. 15	aufgehoben	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. 16	geändert	-
30.08.2005	30.08.2005	Art. A1-1	geändert	-
10.01.2006	01.01.2006	Art. 11	geändert	-
10.01.2006	01.01.2006	Art. 12a	eingefügt	-
07.03.2006	01.01.2006	Art. 3	geändert	-
07.03.2006	01.01.2006	Art. 5	geändert	-
07.03.2006	07.03.2006	Art. A1-1	geändert	-
14.08.2006	01.01.2007	Art. 6	geändert	-
14.08.2006	01.01.2007	Art. 10	geändert	-
12.09.2006	01.01.2007	Art. 3a	eingefügt	-
12.09.2006	01.01.2007	Art. 5	geändert	-
19.12.2006	19.12.2006	Art. A1-1	geändert	-
06.11.2007	01.01.2008	Art. 6	geändert	-
06.11.2007	06.11.2007	Art. A1-1	geändert	-
18.11.2008	18.11.2008	Art. A1-1	geändert	-
03.02.2009	01.01.2009	Art. 3	geändert	-
20.10.2009	20.10.2009	Art. 5	geändert	-
20.10.2009	20.10.2009	Art. 6	geändert	-
17.11.2009	17.11.2009	Art. A1-1	geändert	-
16.11.2010	16.11.2010	Art. A1-1	geändert	-
28.02.2012	28.02.2012	Art. A1-1	geändert	-
04.12.2012	04.12.2012	Art. A1-1	geändert	-
26.11.2013	01.01.2014	Art. 3	geändert	-
26.11.2013	01.01.2014	Art. 5	geändert	-
26.11.2013	01.01.2014	Art. 8 Abs. 4	eingefügt	-
26.11.2013	01.01.2014	Art. 11	geändert	-
26.11.2013	01.01.2014	Art. 12a	aufgehoben	-
26.11.2013	26.11.2013	Art. A1-1	geändert	-
28.01.2014	01.01.2014	Art. 3	geändert	-
28.01.2014	01.01.2014	Art. 5	geändert	-
28.01.2014	01.01.2014	Art. 6	geändert	-
28.01.2014	28.01.2014	Art. A1-1	geändert	-
16.12.2014	01.01.2015	Art. 3	geändert	-

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	cGS Publikation
16.12.2014	01.01.2015	Art. 6	geändert	-
16.12.2014	16.12.2014	Art. A1-1	geändert	-
24.03.2015	24.03.2015	Art. A1-1	geändert	-
03.11.2015	01.01.2016	Art. 3 Abs. 2	geändert	-
03.11.2015	01.01.2016	Art. 3 Abs. 3	geändert	-
03.11.2015	01.01.2016	Art. 5 Abs. 2	geändert	-
03.11.2015	01.01.2016	Art. 5 Abs. 4	geändert	-
03.11.2015	01.01.2016	Art. 5 Abs. 5	geändert	-
03.11.2015	01.01.2016	Art. 5a	eingefügt	-
03.11.2015	01.01.2016	Art. 11a	eingefügt	-
03.11.2015	03.11.2015	Art. A1-1	geändert	-
01.12.2015	01.01.2016	Art. 5 Abs. 1bis	eingefügt	-
01.12.2015	01.01.2016	Art. 5 Abs. 5	geändert	-
01.12.2015	01.01.2016	Art. 5 Abs. 6	eingefügt	-
06.12.2016	01.01.2017	Art. A1-1	geändert	-
21.11.2017	01.01.2018	Art. A1-1	geändert	-
08.05.2018	01.01.2018	Art. 6	geändert	-
04.12.2018	01.01.2019	Art. 5 Abs. 5	geändert	--
04.12.2018	01.01.2019	Art. 15a	eingefügt	--
04.12.2018	01.01.2019	Art. A1-1 Abs. 1	geändert	--
04.12.2018	01.01.2019	Art. A1-1 Abs. 1, 1.	geändert	--
04.12.2018	01.01.2019	Art. A1-1 Abs. 1, 1., a)	geändert	--
04.12.2018	01.01.2019	Art. A1-1 Abs. 1, 1., b)	geändert	--
04.12.2018	01.01.2019	Art. A1-1 Abs. 1, 1., c)	geändert	--
04.12.2018	01.01.2019	Art. A1-1 Abs. 1, 2., a)	geändert	--
04.12.2018	01.01.2019	Art. A1-1 Abs. 1, 2., b)	geändert	--
04.12.2018	01.01.2019	Art. A1-1 Abs. 1, 2., c)	geändert	--
16.04.2019	01.01.2019	Art. 5 Abs. 5	geändert	2019-4
16.04.2019	01.01.2019	Art. 5 Abs. 5, a)	aufgehoben	2019-4
16.04.2019	01.01.2019	Art. 5 Abs. 5, b)	aufgehoben	2019-4

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	cGS Publikation
16.04.2019	01.01.2019	Art. 5 Abs. 5, c)	aufgehoben	2019-4
16.04.2019	01.01.2019	Art. 5 Abs. 5, d)	aufgehoben	2019-4
16.04.2019	01.01.2019	Art. 5a Abs. 5	eingefügt	2019-4
16.04.2019	01.01.2019	Art. 15b	eingefügt	2019-4
05.11.2019	01.01.2020	Art. 15b	aufgehoben	2019-42
05.11.2019	01.01.2020	Art. A1-1 Abs. 1	geändert	2019-42
05.11.2019	01.01.2020	Art. A1-1 Abs. 1, 1.	geändert	2019-42
05.11.2019	01.01.2020	Art. A1-1 Abs. 1, 1., a)	geändert	2019-42
05.11.2019	01.01.2020	Art. A1-1 Abs. 1, 1., b)	geändert	2019-42
05.11.2019	01.01.2020	Art. A1-1 Abs. 1, 1., c)	geändert	2019-42

Änderungstabelle – Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	cGS Publikation
Erlass	02.04.1996	02.04.1996	Erstfassung	-
Ingress	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. 2	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. 3	28.05.2002	01.06.2002	geändert	-
Art. 3	06.12.2004	01.01.2005	geändert	-
Art. 3	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. 3	07.03.2006	01.01.2006	geändert	-
Art. 3	03.02.2009	01.01.2009	geändert	-
Art. 3	26.11.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 3	28.01.2014	01.01.2014	geändert	-
Art. 3	16.12.2014	01.01.2015	geändert	-
Art. 3 Abs. 2	03.11.2015	01.01.2016	geändert	-
Art. 3 Abs. 3	03.11.2015	01.01.2016	geändert	-
Art. 3a	12.09.2006	01.01.2007	eingefügt	-
Art. 4 Abs. 2	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. 5	06.12.2004	01.01.2005	geändert	-
Art. 5	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. 5	07.03.2006	01.01.2006	geändert	-
Art. 5	12.09.2006	01.01.2007	geändert	-
Art. 5	20.10.2009	20.10.2009	geändert	-
Art. 5	26.11.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 5	28.01.2014	01.01.2014	geändert	-
Art. 5 Abs. 1bis	01.12.2015	01.01.2016	eingefügt	-
Art. 5 Abs. 2	03.11.2015	01.01.2016	geändert	-
Art. 5 Abs. 4	03.11.2015	01.01.2016	geändert	-
Art. 5 Abs. 5	03.11.2015	01.01.2016	geändert	-
Art. 5 Abs. 5	01.12.2015	01.01.2016	geändert	-
Art. 5 Abs. 5	04.12.2018	01.01.2019	geändert	--
Art. 5 Abs. 5	16.04.2019	01.01.2019	geändert	2019-4
Art. 5 Abs. 5, a)	16.04.2019	01.01.2019	aufgehoben	2019-4
Art. 5 Abs. 5, b)	16.04.2019	01.01.2019	aufgehoben	2019-4

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	cGS Publikation
Art. 5 Abs. 5, c)	16.04.2019	01.01.2019	aufgehoben	2019-4
Art. 5 Abs. 5, d)	16.04.2019	01.01.2019	aufgehoben	2019-4
Art. 5 Abs. 6	01.12.2015	01.01.2016	eingefügt	-
Art. 5a	03.11.2015	01.01.2016	eingefügt	-
Art. 5a Abs. 5	16.04.2019	01.01.2019	eingefügt	2019-4
Art. 6	18.02.1997	18.02.1997	geändert	-
Art. 6	28.05.2002	01.06.2002	geändert	-
Art. 6	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. 6	14.08.2006	01.01.2007	geändert	-
Art. 6	06.11.2007	01.01.2008	geändert	-
Art. 6	20.10.2009	20.10.2009	geändert	-
Art. 6	28.01.2014	01.01.2014	geändert	-
Art. 6	16.12.2014	01.01.2015	geändert	-
Art. 6	08.05.2018	01.01.2018	geändert	-
Art. 6a	28.05.2002	01.06.2002	eingefügt	-
Art. 6a	30.08.2005	30.08.2005	Titel geändert	-
Art. 6a Abs. 1	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. 6a Abs. 4	03.12.2002	03.12.2002	eingefügt	-
Art. 6a Abs. 4	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. 8 Abs. 4	26.11.2013	01.01.2014	eingefügt	-
Art. 9	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. 10	14.08.2006	01.01.2007	geändert	-
Art. 11	28.05.2002	01.06.2002	geändert	-
Art. 11	10.01.2006	01.01.2006	geändert	-
Art. 11	26.11.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 11a	03.11.2015	01.01.2016	eingefügt	-
Art. 12a	10.01.2006	01.01.2006	eingefügt	-
Art. 12a	26.11.2013	01.01.2014	aufgehoben	-
Art. 13 Abs. 2	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. 14	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. 15	26.08.1997	26.08.1997	geändert	-
Art. 15	30.08.2005	30.08.2005	aufgehoben	-
Art. 15a	04.12.2018	01.01.2019	eingefügt	--
Art. 15b	16.04.2019	01.01.2019	eingefügt	2019-4

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	cGS Publikation
Art. 15b	05.11.2019	01.01.2020	aufgehoben	2019-42
Art. 16	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. A1-1	18.02.1997	18.02.1997	geändert	-
Art. A1-1	18.11.1997	18.11.1997	geändert	-
Art. A1-1	15.12.1998	15.12.1998	geändert	-
Art. A1-1	03.12.1999	03.12.1999	geändert	-
Art. A1-1	21.11.2000	21.11.2000	geändert	-
Art. A1-1	04.12.2001	04.12.2001	geändert	-
Art. A1-1	03.12.2002	03.12.2002	geändert	-
Art. A1-1	16.12.2003	16.12.2003	geändert	-
Art. A1-1	06.12.2004	06.12.2004	geändert	-
Art. A1-1	30.08.2005	30.08.2005	geändert	-
Art. A1-1	07.03.2006	07.03.2006	geändert	-
Art. A1-1	19.12.2006	19.12.2006	geändert	-
Art. A1-1	06.11.2007	06.11.2007	geändert	-
Art. A1-1	18.11.2008	18.11.2008	geändert	-
Art. A1-1	17.11.2009	17.11.2009	geändert	-
Art. A1-1	16.11.2010	16.11.2010	geändert	-
Art. A1-1	28.02.2012	28.02.2012	geändert	-
Art. A1-1	04.12.2012	04.12.2012	geändert	-
Art. A1-1	26.11.2013	26.11.2013	geändert	-
Art. A1-1	28.01.2014	28.01.2014	geändert	-
Art. A1-1	16.12.2014	16.12.2014	geändert	-
Art. A1-1	24.03.2015	24.03.2015	geändert	-
Art. A1-1	03.11.2015	03.11.2015	geändert	-
Art. A1-1	06.12.2016	01.01.2017	geändert	-
Art. A1-1	21.11.2017	01.01.2018	geändert	-
Art. A1-1 Abs. 1	04.12.2018	01.01.2019	geändert	--
Art. A1-1 Abs. 1	05.11.2019	01.01.2020	geändert	2019-42
Art. A1-1 Abs. 1, 1.	04.12.2018	01.01.2019	geändert	--
Art. A1-1 Abs. 1, 1.	05.11.2019	01.01.2020	geändert	2019-42
Art. A1-1 Abs. 1, 1., a)	04.12.2018	01.01.2019	geändert	--

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	cGS Publikation
Art. A1-1 Abs. 1, 1., a)	05.11.2019	01.01.2020	geändert	2019-42
Art. A1-1 Abs. 1, 1., b)	04.12.2018	01.01.2019	geändert	--
Art. A1-1 Abs. 1, 1., b)	05.11.2019	01.01.2020	geändert	2019-42
Art. A1-1 Abs. 1, 1., c)	04.12.2018	01.01.2019	geändert	--
Art. A1-1 Abs. 1, 1., c)	05.11.2019	01.01.2020	geändert	2019-42
Art. A1-1 Abs. 1, 2., a)	04.12.2018	01.01.2019	geändert	--
Art. A1-1 Abs. 1, 2., b)	04.12.2018	01.01.2019	geändert	--
Art. A1-1 Abs. 1, 2., c)	04.12.2018	01.01.2019	geändert	--